

Strategie zur Künstlichen Intelligenz

Bundesregierung plant die digitale Revolution

Von Florian Harms
01.06.2018

Deutschland verliert bei der Digitalisierung den Anschluss – jetzt holt die Bundesregierung zum Befreiungsschlag aus: Kanzlerin Merkel plant die digitale Revolution.

Jahrelang hat Angela Merkels Regierung eines der wichtigsten Zukunftsthemen verschlafen: Bei der Digitalisierung ist Deutschland im weltweiten Vergleich der Industriestaaten abgeschlagen. Funklücken, fehlende Glasfaserkabel, wenig öffentliche WLANs, Lücken in der Besteuerung amerikanischer Großkonzerne, mangelnde Koordination zwischen Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen, zu wenig Förderung für Startups, kein Online-Portal, über das jeder Bürger schnell und einfach seinen Wohnsitz anmelden, einen Reisepass bestellen oder die Steuererklärung erledigen kann: Die Liste der Versäumnisse ist lang.

Das rächt sich, weil deutsche Unternehmen im Wettbewerb mit chinesischen und amerikanischen Firmen immense Nachteile haben, weil in vielen ländlichen Regionen die wirtschaftliche Entwicklung stockt, weil kluge Köpfe in Länder auswandern, wo sie bessere Arbeitsbedingungen geboten bekommen.

Jetzt, im 13. Jahr ihrer Kanzlerschaft, will Merkel endlich etwas dagegen tun. Nach vielen Gesprächen mit deutschen CEOs und Gründern, aber auch auf Reisen in Amerika und China ist sie zu der Erkenntnis gelangt, dass Deutschland einen digitalen Entwicklungsschub braucht – und dass dies nur mit einer schlagkräftigen Strategie gelingt. Von den Chinesen lernen heißt siegen lernen.

Diese Strategie will die Große Koalition jetzt erarbeiten. Dabei nimmt sie im Wesentlichen zwei Themen in Angriff. Gemeinsam mit den europäischen Partnern, allen voran Frankreich, will die Bundesregierung erstens eine technologische Entwicklungsschmiede nach dem Vorbild der amerikanischen DARPA gründen, allerdings unabhängig vom Militärapparat: eine Agentur, die gezielt Erfindungen fördert und diese zur Marktreife bringt. In den USA entstanden so revolutionäre Produkte wie das Internet und Schlüsselkomponenten des Smartphones.

Stuttgart statt San Francisco

Als zweiten Baustein nimmt sich die Bundesregierung das Thema Künstliche Intelligenz (KI) vor. Unter der Leitung von Kanzleramtsminister Helge Braun wird bis zum Herbst dieses Jahres eine KI-Gesamtstrategie entwickelt. Die Eckpunkte sollen noch vor der Sommerpause vorliegen. Beteiligt sind neben den Bundesministerien für Verkehr, Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit auch zahlreiche Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Am vergangenen Dienstag gab es dazu ein erstes Expertenforum im Kanzleramt.

Ziel ist es, die hierzulande vorhandenen Kompetenzen in Bereichen wie Industrie 4.0, selbstfahrenden Autos, "Deep Learning" (das beispielsweise bei der Gesichtserkennung und für Sprachassistenten eingesetzt wird) und Smart Home besser zu koordinieren. Es gilt, die vorhandenen Studiengänge zu verbessern und den gut ausgebildeten Universitätsabgängern anschließend lukrative Forschungsprojekte zu vermitteln, um dem "Brain Drain" vorzubeugen: Statt in San Francisco oder Shenzhen sollen sie in Stuttgart oder Adlershof arbeiten.

Hinzu kommt die systematische Förderung von Startups und mittelständischen Unternehmen. Dafür könnten die bisherigen Gelder verzehnfacht werden, ist zu hören. Damit käme man dann

wohl auf anderthalb bis zwei Milliarden Euro – im Vergleich zu China, das in den kommenden Jahren einen dreistelligen Milliardenbetrag in die Künstliche Intelligenz investieren will, immer noch ein Kleckerbetrag.

Trotzdem: Der Fokus auf Künstliche Intelligenz erscheint klug gewählt, da deutsche Ingenieure und IT-Entwickler – anders als in der Unterhaltungselektronik oder in der Entwicklung von Anwender-Software – in diesem Bereich tatsächlich an der Weltspitze mitspielen können. Schon jetzt stammen viele Komponenten für einschlägige Maschinen aus Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg.

Die wahren Herausforderungen kommen allerdings noch. Etwa wenn der Aufbau einer bundesweiten Gesundheitsdatenbank mit dem strengen deutschen Datenschutz harmonisiert werden soll. Oder wenn Behörden dazu bewegt werden müssen, ihre zeitraubenden Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Oder wenn die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss des Bundestages wieder und wieder erklären muss, warum es sinnvoll ist, Geld in Projekte zu investieren, bei denen neun von zehn scheitern.

Solange das zehnte Projekt der Erfindung des Internets gleicht, ist das Geld ja gut angelegt.